



### Die Anknüpfung Deutsch-Oesterreichs.

In hochwichtigen Kreisen Wiens ist man der Ansicht, daß der kommende Frieden an der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Deutsch-Oesterreichs kaum etwas ändern wird. Wenn Zerschlagung aber nur als Provisorium, das die hochgradigste wirtschaftliche und nationale Entwicklung nach dem Gesetz der geschichtlichen Notwendigkeit herbeiführt, angesehen wird, so ist die Anknüpfung Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich, welche sich zur gegebenen Zeit als notwendig erweisen wird.

Vertreter der österreichischen Regierung sind nach Wien zurückgekehrt. Wie zuverlässig verläßt, ist die Anknüpfungfrage an Deutschland in ein neues Stadium getreten. Der italienische Militärbesuch in Wien hat in den letzten Tagen eine Reihe gewaltiger Demonstrationen mit den Wienern amüßigen Stellen.

### Das Schicksal Oesterreich-Salziens.

Saal, 17. Juli. (Eig. Drahtber.) Aus Paris wird gemeldet: Der Rat der fünf hat die Vertreter Bolzars und der Abgeordneten entsandt, sich in der Frage des Schicksals von Deutsch-Oesterreich zu einigen, da der Rat der fünf sonst nicht darüber Bescheid fassen würde.

### Bereegung in der „französischen Cote“.

Nach dem Friedensvertrag soll Deutschland den südlichen Teil des Staates Saar, die sogenannte nördliche Cote bei Colmar, ohne Volksabstimmung an die deutsch-französische Cote abtreten. Auch im Falle der Besetzung soll, falls sich bei der Abstimmung keine deutsche Mehrheit ergibt, die südliche Cote an die Franzosen fallen. Das Reformieren dieser Bestimmungen hat bei der Bevölkerung der betroffenen Gebiete, die sich durchwegs deutsch fühlen, einen Schrei der Entrüstung ausgelöst. Im Falle der Besetzung haben sich auf in Unlauf gesehen 95 v. S. der wahlberechtigten Bevölkerung für das Deutschland erklärt. Die Reichsregierung wird beharrlich kein Mittel unversucht zu lassen, um noch nachträglich die Entente zu bewegen, den abzutretenden Gebieten das Selbstbestimmungsrecht zu geben.

### Remet - Treihafen.

Saal, 17. Juli. (Eig. Drahtber.) „Daily Mail“ erklärt, daß das von Deutschland abgetretene Gebiet zum Treihafen erklärt werden wird. Zahlreiche englische Großhandelshäuser haben große Landgebiete erworben zur Aufnahme von Sandsteinabteufungen.

### Ministerpräsident Ulrich verwehrt sich.

In der Sitzung der heftigen Volkskammer vom Donnerstag „ab“ Ministerpräsident Ulrich entschiedene Verweigerung gegen die Resolution über seine angeblichen Verbrechen zur Bildung eines Staatsgroßrichters ein. Er habe die freiwillige Unterwerfung mit General Mangin in Metz nicht als ein Verbrechen der Verleumdung angesehen und die Feststellung der Vorlesungen verweigert und habe dabei nur die Gebanten vertreten, die er gelegentlich einer Verantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dr. Mann in der heftigen Volkskammer geäußert habe. Er habe nur die Interessen des Reiches und des Landes vertreten.

### Die Polen in Tarnopol.

Die „Leibziger Gazette“ meldet, daß die polnischen Truppen Dienstag 4 Uhr früh Tarnopol erobern werden. Die Kämpfer werden gegen Osten zurück. Geheiligte wurde Offensiv der Polen nicht von Tarnopol begannen.

### Die Einverleibung von Triest und Trient.

Das „Giornale d'Italia“ meldet: Durch ein Dekret der italienischen Regierung werden Triest und Trient offiziell in den italienischen Staatsverband einbezogen und zu besonderen Verwaltungskreisen ernannt, deren Gouverneure vorliegen. Die Bevölkerung dieser Städte beifit seit vielen Tagen die italienische Staatsangehörigkeit.

### Der Landarbeiterstreik.

Die Lage im Landarbeiterstreik wird, wie die „Voll. Ztg.“ hört, in Regierungskreisen als günstig angesehen. Das Reichs-Arbeitsministerium hat dem Vernehmen nach keine Beschlüsse in dieser Angelegenheit vorübergehend dem vormaligen Landwirtschaftsministerium übergeben. Die Aufhebung des Besetzungszustandes dürfte unmittelbar bevorstehen, ebenso ist die Anknüpfung des neuen Staates unter Umständen auch gegen den Willen der Arbeiter in Aussicht genommen, wo sich die Notwendigkeit herausstellen sollte.

Der Streik hat eine weitere Ausdehnung nicht erfahren. In Udenheim, wo der Besetzungszustand verhängt worden war, wird er wieder aufgehoben werden. Der Streikherd scheint Stralsund zu sein. In fast allen Kreisen des Regierungsbezirks Stettin ist es inzwischen zum Abschluß von Tarifverträgen mit den Landarbeitern gekommen.

Die Gerichte über bevorstehende Streiks in Sachen beschließen sich nicht.

### Der Bürgerstreik in Stettin.

In Stettin sind die meisten Läden, Apotheken und Werkstätten geschlossen. Auch die Betriebe weigern sich die Schließung. Außerhalb von Gas- und Wasserleitungen wird nicht wieder im Betrieb, wohl aber die Elektrizitätswerke. Der Eisenbahnbetrieb geht noch weiter. Auch die Post ist noch im Dienste. Der Dampferverkehr nach den Seebädern mußte trotz der Arbeitslosigkeit der Schiffsbefehlungen eingestellt werden, da die Streikenden die Abfahrt der Dampfer gewaltsam zu verhindern drohen.

Berlin, 18. Juli. Die Lage in Stettin war bis gestern Abend unruhig. Der Agitationszug nach Berlin nach Stettin und entgegengelegter Richtung erlitt keine Unterbrechung. Der Stettiner Fernverkehr wurde durch die Beamten und Lokomotivführer aufreht erhalten.

### Tarifabschluß in Civalmund.

Wie dem „Vol. Anz.“ aus Civalmund mitgeteilt wird, wurde gestern nach zweitägiger Verhandlung ein neuer Landarbeitervertrag durch beiderseitiges Einigenkommen abgeschlossen worden.

### Generalstreik der Deutschen Landarbeiter?

Nach einer Mitteilung aus Weimar arbeiten die Arbeiter darauf hin, zum 4. August einen allgemeinen Landarbeiterstreik in Deutschland herbeizuführen.

### Interpellation in der Nationalversammlung.

Von den Sozialnationalen und von der Deutschen Volkspartei wird folgende Interpellation in der Nationalversammlung eingebracht: Die Einbringung der Entsch. an Deutschland und damit die Sicherstellung der deutschen Volksernährung wird ohne Zweifel dadurch gefährdet, daß die Landarbeiter durch gemeinsame Agitatoren zum Streik aufgehet werden. Was gegen die Regierung zu tun, um die notwendige Wirkung der Ausdehnung derartiger Entsch. zu verhindern?

### Der 21. Juli.

#### Seine allgemeine Arbeitserhe in Berlin?

Berlin, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Der sozialdemokratische Parteivorstand von Groß-Berlin fordert im „Vorwärts“ die Parteigenossen auf, sich in Massen an den Versammlungen am 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, zu beteiligen, in denen gegen den Gewaltstreik, gegen den Imperialismus, für die allgemeine Arbeiterverbrüderung und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, nicht im Freien, sondern im Hofe, demonstriert werden soll. Vor allgemeiner Arbeitserhe wird ausdrücklich Abstand zu nehmen geben.

In den Kreisen der revolutionären Arbeiterschaft ist angelegt worden, am 21. Juli in einen einseitigen Proteststreik auszugehen. Es hat sich in einzelnen Betrieben bereits angekündigt, doch noch nicht fest. In jedem Falle werden am Montag die Unabhängigen in Berlin eine große Versammlung unter freiem Himmel abhalten.

#### Die Forderungen der französischen Sozialisten.

Die Forderungen der „Confederation generale du travail“, die durch den allgemeinen Proteststreik am 21. Juli unterstützt werden sollen, sind folgende: 1. Sofortige Demobilisierung, die die Vorteile zur allgemeinen Umkleidung sein soll. 2. Bericht auf die Intervention in Rußland und Ungarn. 3. eine Neuorganisation der Selbstbestimmungsrechte der Völker. 4. vollständige Amnestie für politische und militärische Verbrechen. 5. Wiedereinführung der konstitutionellen Freiheit, beginnend mit der Aufhebung der Zensur.

#### Streik im Elbich am 21. Juli.

Die elbische Arbeiterschaft plant für Montag den Generalstreik. Auch wird in den nächsten Tagen ein Eisenbahnstreik geplant, um endlich die Ausbeutung der verarbeitenden Klassen an das Lokomotivpersonal zu erzwängen. Streik erlöset immer noch in den größeren Städten des Elbich Massenauflösungen Deutscher.

#### Der Bremerer Hafenstreik.

Außerdem, 17. Juli. Bremerer Meldungen zufolge, ist der größte Teil des Schiffsverkehrs im Hafen durch den Streik der Hafenarbeiter völlig lahmgelegt. Nach einer offiziellen Statistik handelt es sich um ungefähr einhundert Millionen Tonnens Schiffraum, die nicht zur Verfügung gelangen können.

#### Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Beratung des Verfassungsentwurfes

mit der Abstimmung über die Artikel 118/119 fortgesetzt. Nach dem Antrag der Demokraten wird beschlossen: Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Wahlrechtspflicht bei Antrag auf den Staat der Bürger des Staates. Ferner wird der demokratische Antrag angenommen: den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern. Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Bestimmung über die Förderung der Familie in folgenden Fassung angenommen: Die Gründung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Beiträge. Ferner wird die vom Ausschuss beantragte Entschädigung angenommen, einen Gegenentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in dem bestmöglichen Sinne neu regelt. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Artikel 120 bestimmt: Die

Angend gegen Ausbeutung zu schützen. sowie gegen ständige, körperliche oder geistige Verwahrlosung. Artikel 120 wird mit Änderungen nach einem Antrag von Frau Graw und Genossen (L. S.), daß Staat und Gemeinden nicht die Kinder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen. Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis freiwillig und unbewaffnet zu versammeln, nur Versammlungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Polizeigefahr untersagt werden. Die Fassung des Ausschusses wird angenommen.

Der Artikel 122 bis 127 werden nach der Vorlage bzw. in der Fassung des Ausschusses angenommen. Artikel 127 regelt die

Aufstellung der Beamten

Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Gesetzgebung sein und nicht einer Partei sein, und daß die Freiheit ihrer politischen Meinung und Betätigung geschützt werde. Dazu liegt u. a. ein Antrag Frau Junges vor; alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte werden beilegt. Ein Antrag Barloger (Zr.) will Artikel 128 a folgendermaßen fassen: Verleiht ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt, die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortung grundsätzlich die Beamten, die Gemeinden oder anderen Kommunalverbände, in deren Dienst der Beamte steht. Der Rücktritt gegen die Beamten bleibt vorbehalten. Reichskommissar Dr. Preuß: Das Beamtenrecht ist in der Verfassung aufgenommen worden, weil damals abenteurliche Gerichte umherliefen, daß die Beamtenvereine beteiligt und alle Beamten auf Abkündigung angehalten werden sollen. Alle Einseitigkeiten gehören aber in das Staatsrecht hinein. Deshalb erörtern wir weitere Anträge zu den einzelnen Bestimmungen. Abg. Wittke (Zr.) bemerkt, daß die Beamtenverbände entstehen gegen die Anwendung der Bestimmungen über die Arbeitstätigkeit auf die Beamtenhöfe seien. Abg. Wegler (Dr.): Die

Bestimmungen über die Betriebsräte

sind noch so unklar, daß sie auf die Beamtenverhältnisse nicht anwendbar sind. Abg. Dr. Meiß (Dr. Vp.): Bedenken habe ich gegen die Bestimmungen über die Entlohnung der Beamten unter gewissen Voraussetzungen. Aber die Lebenslage der Beamten gehört zu den wasserwertesten Rechten der Beamten. Nach weiterer Debatte wird

der Antrag, daß die Beamten Diener der Gesetzgebung sein und nicht einer Partei sein, und daß die Freiheit ihrer politischen Meinung und Betätigung geschützt werde, angenommen. Die Bestimmungen, daß der Beamten die Entlohnung in ihren Personalausweis zu gewähren ist, Artikel 128 a wird in der Fassung des Antrages Barloger angenommen.

Schriftführer Abg. Wegler (Zr.) verliest ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der

#### argentinischen Republik.

in dem die argentinische Deputiertenkammer der Nationalversammlung einstimmig ihre Freude ausdrückt über die Unterzeichnung des Friedens. Abgesprochen Sanjuncion dankt für die Bestimmung, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht wird. Hiermit wird die Beratung der Bestimmung fortgesetzt und zwar mit dem dritten Abschnitt, der Grundrechte,

#### Religion und Religionsgesellschaften.

Der Ministerrat behandelt die Glaubensfreiheit 132, die Freiheit der Religionsausübung 133, die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften 134, die Abtötung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften 135, den Schutz der Sonntage und Feiertage als Tage der Arbeitruhe 136, die Erfüllung der religiösen Pflichten gegenüber der Wehrmacht 137, und die Verantwortlichkeit bei der Aufnahme religiöser Sendungen 138. Zu dem Artikel 134 beantragen die Unabhängigen die

#### Staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Trennung von Staat und Kirche.

zum Glaubensartikel beantragen die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geistlichen Leistungen abhängig gemacht werden könne, zum Artikel 135 verlangt ein Antrag Heine und Gen. (D. Vp.) die Abtötung der auf Personen beruhenden Staatsleistungen. Abg. Dr. Reich (D. Vp.) begründet den Antrag keiner Partei, daß nicht nur die auf Gehalt, Vertrag oder besonderem Realzins, sondern auch die auf Personen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch Landesgesetzgebung abgelehnt werden. Abg. Dr. Mannmann (Dr.): Für die evangelische Kirche bedeutet diese Fassung eine neue Zeit, die unmittelbar an das Gebotnis der kirchlichen Reformen anknüpft, nämlich Lösung und Befreiung des religiösen Lebens. Wir müssen den Religionsgesellschaften aus praktischen Gründen die Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaft geben. Abg. Gröber (Zr.): Mehrere Bundesstaaten haben bereits die Mitgliedschaften ausgenommen der Kirche die Nationalversammlung hat keine Verantwortung für die Landesgesetzgebung zu entfallen. Abg. Reich (Dr.): Die Abtötung der Staatsleistungen ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ob aber auch ein freudiges, bleibt eine Frage. Sie schafft ganz neues Recht mit unübersehbarer Tragweite. Trotz der wenigen Ausnahmen, die angeführt werden können, halten die Geisteslichen Meinungsfreiheit, wie kein anderes Recht. Abg. Dr. Schirmer (Dr.) bemerkt, daß kein Partei für die Freiheit der religiösen Eibeseinsetzungen unter dem Vorbehalt stimmen könne, daß bis zur dritten Lesung aus praktischen Gründen des Gerichtsverfahrens eine Uebergangsbestimmung gefunden werde.

Zu der Abstimmung wird auf Antrag Rahl im Artikel 133 nur die Glaubensfreiheit und die Freiheit der Vereinigung zu Religionen in Betracht gezogen, während die Freiheit der Abtötung der Unabhängigen auf vollständige Trennung von Staat und Kirche wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden, daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechtes bleiben, soweit sie solche bisher waren, und (gemäß dem Antrage Reich, Dem. Mannmann, dem anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Mit geringer Mehrheit wird der Antrag der Sozialnationalen angenommen, daß bis zum Erlass eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen werden die einzelnen Bestimmungen dieses Ausschusses unter Abstimmung aller anderen Anträge gemäß den Stimmverhältnissen angenommen.

Gegen 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Freitag.

#### Ein Antrag gegen die Steuerpflicht.

Um die zum Zwecke der Steuerpflicht ins Ausland abgedachten Ausländer, soweit sie ausreisen, gegen die Besteuerung, als auswerflicher unehelich-sozialistischer Partei verurteilt, ein Antrag, nach dem an einem bestimmten Tage die Steuerpflichtigkeit der Steuerpflichtigen vorgenommen wird. Ohne diesen Stempel verlieren sie ihren Gehalt. Dadurch werden die Steuerpflichtigen ins Ausland abgedachten Kapitalisten gewonnen, je ins Ausland zurückzuführen, wenn sie sich vor einer solchen Entwertung ihrer Papiere schützen wollen.

#### Die Landwirtschaft gegen die Betriebsräte.

Die großen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands haben sich unter der Führung des Deutschen Landwirtschafters mit einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium und an die Nationalversammlung gewandt, in der gefordert wird, die Betriebsräte vollständig von der Gesetzgebung auszuschließen. Sie müssen die Verantwortung für die Einseitigkeit der Landwirtschaft in das Gesetz über die Betriebsräte übernehmen. Auch wenn die Betriebsräte, die zum Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat in seiner Sitzung vom 11. Juli beauftragt worden sind, zur Annahme gelangen sollten, so würden doch noch die schwerwiegendsten Bedenken gegen den Entwurf vorliegen, die nicht nur eine betreffende Regierung in der Landwirtschaftlichen Unternehmerkreise hervorufen, sondern auch in zahlreichen Fällen zu den unerwartetsten Reaktionen führen könnten und Arbeitsbeschäftigung führen, und damit eine schwere Schädigung der landwirtschaftlichen Erzeugung und zugleich der Volksernährung bedeuten würden.

#### Ein Zündholzwappel.

Die Sozialdemokraten haben im Steuerantrag beantragt, die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Zündholzpfeiler abzulehnen und dafür ein Zündholzwappel einzuführen. Der Antrag ist zum Wunsch der Regierung überwiegen worden, damit gemäß dem nötigen Material zur Prüfung vorgelegt werden kann.

#### Zur Sozialisierung der Elektrizitätswerke.

Wie die Pol. part. Nach. erfahren, beschließt der Reichsarbeitsminister eine erste Vorlage zur Sozialisierung der Elektrizitätswerke einbringen.

#### Kultusminister Haußhoff bleibt im Amt.

Wie die „Berliner Morgenpost“ wissen will, wäre es richtig, daß der preussische Kultusminister Haußhoff bei den Verhandlungen über das Schulprogramm mit seinem Rücktritt gedroht habe. Schließlich habe er aber anerkannt, daß die sozialdemokratische Forderung der Nationalversammlung angeht, der allgemeinen politischen Lage seiner anderen Bestehen fallen können und habe deshalb nicht auf seinen Rücktrittsdanken bestanden.



### Maßnahme im Reichsministerium.

(Fortsetzung des Berichtes in der Beilage.)  
Am 26. Juli wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Die Aus-  
sprache über die

#### Umlage zum Landarbeiterlohn

wird fortgesetzt. Abg. Klosser (L. S.) erklärt, daß es sich um  
eine Maßnahme handelt, wenn man die berechtigten Forderungen des  
Landarbeiters erfüllt hätte. Abg. Klotz (D. W.) behauptet, daß der  
Landwirtschaftsminister alle Schuld den Arbeitgebern zugeschrieben  
habe. Vom Landarbeiterverband sei zum Streik gehebt  
worden. (Lärm bei den Geg.) Vorständig erklärt Abg. Schmalz  
(S. G.) gegenüber den Angriffen des Abg. Wehrhof, daß er daran  
festhalte, daß es sprachliche und kommunikative Unklarheiten gäbe,  
die zum Streik führen könnten, um so dem Streik zu vergrößern, um  
ihm die „Gewaltthatigkeit“ zu erweisen. Wenn Wehrhof von einem  
Streich in der Gegend gesprochen habe, so trete er sich im Begriff, nicht  
der ist der Schlußpunkt, der mit Schluß gesprochen wird, sondern der,  
der mit Schluß wird. Damit ist die Ausprache über die Landar-  
beiterumlage erledigt.

Am 9. Uhr wird die Ausprache über das Ministerium des  
Inneren fortgesetzt. Abg. Weid (L. S.) richtet heftige Angriffe  
gegen die Wehrheitssozialisten. Jetzt werde nur mit Wehrheitsgewer-  
ken und Handarbeitsregiment.  
Nächste Sitzung Freitag.

### Die Kommunalisierung der großen Berliner Straßenbahn.

Berlin, 17. Juli. Nach mehr als vierjähriger Dauer wurde  
heute nachmittags die außerordentliche Generalversammlung der Gro-  
ßen Berliner Straßenbahn zu Ende geführt. Der endgültige Be-  
schluß lautet dahin, daß der Antrag der Bevölkerung mit großer Be-  
stimmtheit angenommen wurde. Demzufolge hat der Vorstand der Gro-  
ßen Berliner Straßenbahn beschlossen, die U. S. Großberliner  
Straßenbahn zu übernehmen. Der Kaufpreis beträgt 137 Mil-  
lionen Mark, die zum weitaus größten Teile mit vier Prozent  
Veranlassungsbilanzen bezahlt werden. Die Abkündigung erobert 125 901  
Stimmen für und nur 2288 Stimmen gegen den Verkauf.

### Hindenburg dankt.

Generalfeldmarschall von Hindenburg bittet um Verbrei-  
tung folgender Rede: „Ich erlaube mir, die herzlichsten Grüße  
und Segenswünsche der Bevölkerung des Reiches und der  
gütigen Behörden zu senden, so wenig ich ich doch in der Lage, sie  
einzeln zu beantworten. Diefür ist mein Entschuldigungs-  
bitte, daß ich mich darauf beschränke, hiermit ein für allemal  
meinen herzlichsten Dank allgemein auszusprechen.“

### Die Friedensliebe des Kaisers.

Mehrere Blätter verbreiten über die Kaiserliche Deutsche Politik  
folgendes Urteil Kaiser Wilhelms II. an den Reichsanwalt von  
Stegmann Holweg:

Neues Palais, 23. 7. 1914, 10 Uhr vormittags.

Nach Durchsicht der sehr schön gehaltenen, die ich  
heute morgen erhielt, bin ich über die Lage, die sich im großen und  
guten, welche Seiten zu einzelnen Punkten, konnte meines  
Erfolgens durch Verhandlungen wohl gefahrt werden. Aber die  
Kapitulation liegt darin ort und erteilbar, und durch sie entfällt  
der Grund zum Krieg. — Dennoch ist einem Bild Papier wie  
keinem Anzahl nur bedauerlicher Wert beizumessen, solange er nicht in  
die Tat umgesetzt wird. Die Gedanken sind Orientierung, aber der Erfolg  
sich und Weiler in der Geschichte. Damit die schönen Verpflich-  
tungen Wahrheit und Gerechtigkeit werden, muß diese violence geübt  
werden. Das würde berechtigt zu machen sein, daß Österreich ein  
Kampfbild (Belgrad) für die Erwägung und Durchführung der  
Verpflichtungen bereit und so lange belästigt, bis schließlich die  
Politik durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der zum  
drittenmal umfost mobilisierten Armee die äußere Gerechtigkeit  
dehnen zu geben, und den Schein des Erfolges dem Ausland  
gegenüber und das Bewußtsein, wenigstens auf fremden Boden ge-  
standen zu haben, ihr zu ermöglichen. Ohne diese dürfte die einem  
Unternehmen des Heldentums eine sehr hohe Stimmung gegen die Zu-  
kunft aufkommen, die höchst beachtlich wäre. Falls im Gegenteil  
diese meine Auffassung teilen, würde ich vorschlagen, Österreich zu  
lassen:

Der Krieg Serbiens ist ergebnislos, man gratuliere dazu.  
Nachricht ist damit ein Anreiz nicht mehr vorhanden, wohl  
aber Gerüchte möglichen, daß die Verpflichtungen nicht ausgeführt werden.  
Das würde durch eine vorübergehende militärische Befreiung eines  
Teiles Serbiens wohl erreichbar sein, nämlich wie wir 1871 in Frank-  
reich Truppen sehen liegen, die die Milliarden bezahlt waren. Auf  
dieser Basis ist es bereit, den Frieden in Österreich zu errichten.  
Dagegenläufige Vorläufer oder Vorbereitungen Staaten würde ich  
unbedingt ablehnen, inwiefern, als alle mehr oder weniger offen  
an mich appellieren, den Frieden zu heilen. Das würde ich  
mir meine Pflicht und so schonend für das österreichische National-  
gefühl und die Waffenscheitler Armee als möglich. Denn an die  
letzte wurde schon bereits seitens des Obersten Kriegsrates appelliert,  
und sie ist dabei, den Appell zu folgen, also muß sie unbedingt  
eine höhere Gerechtigkeit de Völkern haben; das ist die Voraussetzung  
für meine Vermittlung. Die Völkern in Österreich, die ich nicht  
Einnahme der Verträge, um unterzulegen, der nach Wien mitgeteilt  
werden soll. Ich ist im obigen Sinne an den Chef des General-  
stabes durch Briefen schreiben, der ganz meine Ansicht teilt.

Geno machte der Kaiser unter die folgende Antwortnote selbst  
die Bemerkung: Eine brillante Leistung für die Zeit von 48 Stunden!  
Es ist mehr als man erwarten konnte. Ein großer moralischer Erfolg  
für Österreich; damit fällt jeder Anreiz zum Fortschritt, daß die  
Belagerung bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals die Be-  
obachtung Befehlen.

### Aus Stadt und Umgebung

#### Was gibt es an Lebensmitteln?

##### Reisfleisch und Gekochtes.

Vom Sonnabend, den 19. Juli findet in den bekannten Verkaufsstellen  
Reisfleischverkauf am 21. und 22. der Grünmarktstraße statt.  
Nachmittags von 2-3 Uhr findet bei Hofmann, Markt 6, Reisfleisch-  
und Fleischwarenverkauf statt.

##### Milchverkauf.

Milchverkauf nunmehr am Mittwoch 20. des Lebensmittel-  
büros zur Ausgabe. Am Sonnabend, den 19. des Lebensmittels  
Inhaber der Seite Nr. 1-1500 beliefet.

##### Butter und Speiseöl.

Am Montag, den 21. Juli gelangen am Viehmarkt  
100 Gramm Speiseöl zum Preise von 1.05 Mark zur Ausgabe.  
Die Zuteilung gilt für die zwei Wochen vom 13. bis 26. Juli. Über-  
den gelangt am Sonnabend, den 26. Juli auf jede gewöhnliche  
und Johnsons der Stadt 50 Gramm Butter zum Preise von 43 Mark  
zur Ausgabe.

##### Personalsnachrichten.

Die durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigte Reu-  
mischstelle bei der Kreisstelle Merseburg ist vom 1. Juli 1914

ad kommissarisch, vom 1. August 1914 ab erhaltend von Hermann  
Willems aus Dortmund vertrieben. — Der Oberassistent  
Nicolai in Gumbach wurde nach Merseburg versetzt. — Ent-  
nament wurde zum Oberleutnant am Reichsamt in Leipzig  
Verwehler Dr. Baumgarte; beim Amtsgericht in Hedra  
Reiter Dr. Baumbach zum 1. Vertreter des Amtsanwalts anstelle  
des Beigeordneten Aren. — Berufung zum Polizeikommissar  
in Chemnitz nach Antonop, Polizeikommissar in Suhl nach  
Kraus. Pensioniert wurde der Polizeikommissar in Suhl  
— Angestellt sind als Sekretärinnen: Heister, Koch, Gimpel  
Berthel in Merseburg die Bürohilfsarbeiter Reicher, Koch, Gimpel  
und Schäfer.

#### Dankbriefe.

Nach den Berichten der Deutschen heimischen Gesellschaft ist es  
dem kaiserschen Professor Dr. Edmund von Rippmann gelungen, in  
den kaiserschen Dankbriefe nachzuweisen. Ihm ist der dankwürdige  
Dank und Gehmaß einzelner Arbeitstitel aufzufallen.

#### Prof. Dr. Viktor Schmiechen.

Direktor der chirurgischen Klinik in Halle a. S. hat einen Ruf nach  
Frankfurt a. M. erhalten. Einen Ruf nach Würzburg hat Prof.  
Schmiechen unfähig abgelehnt.

#### Verhaftung des elektrischen Stromes.

Wegen Arbeiten am Hochspannungsturm am kommenden  
Sonntag von Sonntag 9 bis nachmittags 3 Uhr die Stromzufuhr  
unterbrochen.

#### Sahrtplanänderung.

Am 10. dem D-Zug, der vormittags 9.39 in Berlin abfährt und  
12.55 in Halle eintrifft, einen Winkelnach Westberg überzuführen,  
wurde der Zug Halle-Merseburg-Weißensee-Zug (bis hier ab  
Salle 12.35) wie folgt verlegt: Halle ab 1.02, Annenort ab 1.11,  
Merseburg ab 1.23, Kenna ab 1.31 usw.

#### Wahltagung am 8. Oktober 1914.

Der Wahltagung der Nationalversammlung kommt dem  
Entwurf einer Veränderung über die Vornahme einer Volkszählung  
am 8. Oktober 1914 zu. Der Ausschuss ersucht die Regierung, auf  
die Altersgrenze bei der Zählung zu beschließen.

### Aus Kreis und Nachbarkreisen

#### Dachstuhlbrand.

Schwendt, 18. Juli. Ein Dachstuhlbrand entstand am Mittwoch  
abend im Hause Merseburgerstr. 3. Das Feuer brach in einer Boden-  
kammer aus und wurde nach einiger Zeit durch die Feuerwehren auf  
seinen Herd beschränkt. Die darunter liegenden Wohnräume haben  
durch die Wasserversuhr sehr gelitten. Die Ursache des Brandes ist  
unbekannt.

#### Kahnen zum Militärversorgungsgesicht.

Mücheln, 18. Juli. In der am Sonntag im Schützenhaus statt-  
gefundenen Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegs-  
hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer, wurde unter anderem die Wahl  
der Beisitzer zu dem Militärversorgungsgesicht besprochen vorge-  
nommen. Es sind gewählt die Herren Eberhard, Töbermann und  
Senje. Zum Mitgliedmilitärversorgungsgesicht als Beisitzer wurde  
Samerab Schreiber zum Genovorfand vorgeschlagen. Die Militär-  
gesellschaft Mücheln hat aus den zu Pfingsten erzielten Ueberflüssen  
der hiesigen Truppegruppe 160 Mark zur Unterstützung der sich in drin-  
gender Not befindlichen Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen über-  
wiesen.

#### Ein Raub gefahren.

Luesfurt, 18. Juli. Nachts wurde aus dem Viehstall des Ritter-  
guts Simbach trotz aller Bewachung ein schweres Raub gestohlen.  
Von den Dieben fehlt jede Spur.

#### Zwei Jahre unterwegs.

Luesfurt, 18. Juli. Eine Gefangenenschlacht an eine kleine  
Straßenspur am 11. Dezember 1907 aus Wundt in Deutsch-  
wellestra. abgeführt und ist am 15. Juli 1914 hier in Luesfurt ange-  
kommen. Die Wundt kamen zu spät, denn schon seit ungefähr zwei  
Jahren ist die Empfängerin nicht mehr am Leben.

### Aus Provinz und Reich

#### Raubmord.

Raffel, 17. Juli. In einem Schuhhaus wurde im vorigen Schuh-  
haus ein Raubmord verübt. Eine Anzahl bewaffneter Leute in sehr  
großer Uniform brangen in das Gebäude ein und beraubten die darin  
wahnde Schenkensfamilie Rauf. Dabei wurde die zu Raub an-  
wendende verheiratete Tochter ermordet und der Vater Rauf  
tödlich verletzt. Die Haupttäter sind der Sergeant Heine-  
mann von der Kesseler Bewachungskompanie und sein früherer  
Arbeitsgenosse, der Steinlocher Richter aus Uentel. Beide sind in  
Untersuchungshaft genommen.

### Letzte Depeschen

#### Belgien ratifiziert unter Protest.

Rotterdam, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Die hollän-  
dischen Kammern haben gestern Mittag in gemeinsamer Sitzung  
den Friedensvertrag angenommen. Sie machten aber Vorbehalte  
und sprachen die Belangen darüber aus, daß Bel-  
gien auf der Friedenskonferenz so schlecht abgehandelt habe.  
Der Vertrag ist demnach nur unter dem Zwange der Umstände  
gutgeheißen worden.

#### Die deutsche Antwort auf Joffre's Note.

Berlin, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Antwort der  
deutschen Regierung auf die Note des Marschalls Joffre, worin  
dieser für die Beibehaltung der gegenwärtigen Situation in Schieds-  
recht für die Familie des Gefallenen und eine Kontribution von  
der Stadt Verdun verlangt, ist in Weimar fertiggestellt worden.  
Sie wird heute nachmittags überreicht und im Verdun veröffent-  
licht werden. Die deutsche Antwort wird der Zahlung an die  
Familie Maréchal zustimmen, aber gegen die geforderte Kontri-  
bution Einspruch erheben und sie ablehnen, da irgend ein Ver-  
fahren der Stadt Verdun (die Weimar Folge ist nicht möglich  
sondern finanziell) nicht vorliegt.

#### Klagen der linksrheinischen Bevölkerung.

Weimar, 18. Juli. In einer interparlamentarischen Sitzung  
der Abgeordneten aus den belagerten rheinischen Gebieten ent-  
wickelte Antikriegsminister Dr. von A. die Forderungen, die er  
der Kommission der parlamentarischen Untersuchung gestellt  
hatte. Mehrere anderer Parteien erhoben hitzerige Angriffe über die  
höflichen Behauptungen der linksrheinischen Bevölkerung und  
sprachen die bestimmte Erwartung aus, daß das Volkstum so  
gestaltet werde, daß insbesondere der freie Verkehr zwischen bel-  
lagerten und unbelagerten Gebieten wieder hergestellt und staatsbürger-  
rechte frei ausgeübt werden können. Es wurde ein 18köpfiger  
Beirat gewählt, der dem Reichsminister für das belagerte Gebiet  
Dr. Starb beigegeben wird. Er besteht aus 4 Vertretern des  
Zentrums, 4 der Sozialdemokraten, 3 der Demokraten, zwei  
der Freisinnigen und 1 der Nationalen und der Unabhängigen.

### Deutsch-polnische Verhandlungen.

Danzig, 18. Juli. Gestern fanden in Thorn zwischen Ber-  
tolden des Obersten polnischen Volksrates, Louis Wladislaw des  
Danziger Oberpräsidenten über die Ausführung der Friedensbedin-  
gungen bzw. die Klärung der abzuhandelnden Gebiete vorbereitende  
Verhandlungen statt. Zur Sicherstellung des Weiterhaltens der Be-  
tritten wurde die Klärung gefordert, daß bis zum 1. September die Be-  
tritten in ihren jetzigen Stellungen befallen und  
sie dann nach Möglichkeit in den polnischen Staatsdienst übernommen  
werden. Allen Beiräten wird jedoch die Möglichkeit der Liquidation  
ihres Eigentums und freier ungehinderter Abzug mit beweglichem Gut  
und Gut gewährleistet. Keinesfalls findet eine Beschlagnahme und  
Einkauf des Volksgutes aus von Privatpersonen in Frage. Die  
evangelische Kirche wird sich ihre innere Organisation selbst geben  
können.

### Überwachungsgruppen für Schleswig.

Berlin, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie wir von zu-  
ständiger Stelle erfahren, übermittelt im Auftrag des Schieds-  
kommissionärs der alliierten Armeen die französische Schieds-  
kommission in Köln am 14. Juli eine Note, in der die  
deutsche Regierung ersucht wird, hinsichtlich des schleswig-  
holsteinischen Gebietes über die Ausübung des Eigenbesitzes eines  
eines Infanteriebataillons von Köln nach Flensburg zu be-  
raten, das das bestimmt sein soll, bei der Aufrechterhaltung der  
Ordnung in Schleswig während der Volksabstimmung mitzu-  
wirken.

### Die Ukrainer gegen Versailles.

Bern, 18. Juli. Die ukrainische Friedensdelegation hat  
gegen den Beschluß des Obersten Rates der Alliierten, der die  
polnische Regierung beantragt, in Ostgalizien eine Ziv-  
ilverwaltung einzurichten, Protest eingelegt. Das  
ukrainische Volk habe nur eine Antwort, den Berechtigungs-  
kampf in Ostgalizien unter keinen Bedingungen aufzugeben, bis  
die verheißene politische Selbstbestimmung in diesem ukrainischen Lande  
ein für allemal erledigt sei.

### Der amerikanische Botschafter für Berlin.

Frankfurt a. M., 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Am  
Stoßpunkt diplomatischen Kreises hier die Frankf. Ztg., daß  
die bisherige amerikanische Gesandte in Stockholm Morris  
vorausichtlich zum Botschafter in Berlin ernannt werden wird.

### Deutsch-amerikanische Kreditunterhandlungen.

Saaq, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) „Newport Tribune“  
erfährt, daß die Deutsche Bank im Namen der deutschen Regie-  
rung über ein großes Darlehen in Amerika unterhandelt. Der  
erste Kredit soll 75 Millionen Dollar betragen.

### Die deutschen Schiffe in Südamerika.

London, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) In Verantwortung  
einer Anfrage im Unterhaus über die Benutzung der in Süd-  
amerikanischen Gewässern internationalen deutschen Schiffe erklärte  
der Regierungschef, die britische Regierung bemühte sich  
leider die Schiffe in Fahrt zu bringen, aber es könnte noch  
viele Monate dauern, bis die Mehrzahl von ihnen zur Be-  
nutzung gebracht sein würde.

### Die große politische Debatte.

Berlin, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Wie berichtet wird,  
find für die großen politischen Debatten vom Montag ab drei  
Tage in Aussicht genommen.

### Entschädigungen infolge des Landarbeiterstreiks.

Greifswald, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Vom Land-  
ratsamt Greifswald wird der „Gr. Ztg.“ mitgeteilt, daß  
durch den Landarbeiterstreik tatsächlich bereits erhebliche Ent-  
schädigungen eingetreten sind. U. a. sind am Gut Groß-Cor-  
thagen 150 Morgen Wintergerste zum größten Teil ausgefallen.  
Weitere Verluste entstehen bei der Zunderernte, weil die  
Rüben nicht geerntet werden sind. Ganz erheblich dürfte auch der  
Verlust von Wäulen sein, weil die Küstenernte infolge Über-  
ernte ausgefallen sind.

### Eingangsverhandlungen in Stralsund.

Greifswald, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Die „Gr.  
Ztg.“ berichtet: Am gestrigen Mittag fanden in Stralsund  
Eingangsverhandlungen zwischen dem Landarbeiterverband  
und dem Pommerischen Landbund statt, an denen Vertreter des  
Landwirtschaftsministeriums, des Stettiner Oberpräsidenten,  
der Stralsunder Regierung und die vorpommerschen Landräte  
teilnahmen. Den Vorsitz führte der Syndikus der Stadt Stralsund  
Dr. Heidemann. Am gestrigen Abend waren die Verhand-  
lungen noch nicht zum Abschluß gelangt. Den hiesigen  
Beisitzern wurden bis jetzt 29 weitere Landarbeiter zuge-  
führt, von denen dreizehn nach der Berechnung wieder entlassen  
wurden. — In Stimmern sind die Fabrikarbeiter wegen  
des Belagerungszustandes neu in den Streik getreten.

### Vor einer Verkündung in Stettin.

Stettin, 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Konjunktur  
beim Oberpräsidenten mit den Regierungskommissionären heute bis  
2 Uhr nachts. Wie wir erfahren, wurde beschlossen, den Be-  
lagerungszustand unter der Bedingung aufzuheben, daß der  
Generalrat sofort darüber berichten wird, was er über den  
Arbeiterstreik ausgesagt. Trotzdem nicht länger noch fest der  
Streik. Die Streikbahn verkehrt noch nicht, dagegen haben  
die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Geistlichen  
Strom gab es heute früh nicht, doch scheint dies auf einer tech-  
nischen Fehler zurückzuführen zu sein. Heute vormittags fanden  
Konferenzen der Vertrauensleute der Gewerkschaften statt in  
denen die Wiedereröffnung der Arbeit erst endgültig festgelegt  
werden soll. Beim zweiten Anlauf der Arbeiterunter-  
stützung: Entlassung aller während des Belagerungszustandes ver-  
hafteten Gefangenen und Rückkehr der aus dem Gefängnis  
entlassenen. Die Grundfrage scheint zu sein, auf die man sich  
einigt hat. Auch in Greifswald dürfte mit der Aufhebung des  
Belagerungszustandes die Generalstreikfolger wackeln sein. —  
Der Stettiner Raterrat hat verfügt, daß heute auf die Wam-  
nung des Lebensmittelamtes streiten sollen, so daß sich die Nahr-  
ungsmittelversorgung sich außerordentlich schwierig gestalten  
dürfte. — Nach einer Mitteilung aus Stralsund scheint man  
nicht das nötige Material bekommen zu haben, um beweisen zu  
können, daß der ganze Landarbeiterstreik auf eine weitverbreitete  
Organisation zurückzuführen ist.

### Italienische Arbeiter gegen den Generalkrieg.

Augusta, 18. Juli. Aus Rom kommt die überraschende  
Nachricht, daß der Zentralrat des Syndikats der italienischen  
Eisenbahnen seinen früheren Beschluß zugunsten des Generalkrieges  
am 20. und 21. Juli aufgehoben und den Eisenbahnern emp-  
fohlen hat, die Arbeit nicht zu unterbrechen. Der Zentral-  
rat selbst, das heißt die eine noch unentschiedene Entscheidung.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

In das Handelsregister Abt. A Nr. 178 betreffend die offene Handelsgesellschaft S. Weis in Halle a. S. mit einer Zweigniederlassung in Merseburg ist heute folgendes eingetragen:  
Dem Kaufmann Willi Weis in Halle a. S. ist Prokura erteilt.  
Merseburg, den 2. Juli 1919.  
Breuß. Amtsgericht, Abt. 4.

**Fahrplanänderung.**  
Von Sonntag, den 20. d. Mts. ab wird der Zug 340 Halle (Haber ab 12<sup>30</sup>) - Weiskensfeld - Beig - Saalfeld zur Verhinderung des Auslaufes vom Zuge D 40 von Berlin zwischen Halle und Weiskensfeld wie folgt verlegt:  
Halle ab 1<sup>15</sup>, Wimmelndorf ab 1<sup>30</sup>, Merseburg ab 1<sup>45</sup>, Beuna ab 1<sup>55</sup>, Corbeitha ab 1<sup>55</sup>, Weiskensfeld an 1<sup>55</sup>.  
Halle (Saale), im Juni 1919.  
Eisenbahndirektion.

**Cailler- Schokolade, Tafel 3.29 Mark**  
Süßholz, Eis u. Mandlbons wieder eingetroffen bei  
**Martha Hoffmann,**  
Richard's Schokoladenfabrik  
Goslarstraße 11, T. 2460.

**Schreib- u. Nähmaschinen- Reparaturen**  
führt aus  
Mech. Reparatur-Werkstatt  
Hd. Handel,  
Unterwallburg 23.

**Gummiwaren- Fachgeschäft und Versandhaus.**  
Auf Wunsch Preisliste gratis.  
**C. Klappenbach**  
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 41

**Sunlight- Seife**  
echt in Doppelfäden von 350 Gramm, Fohndübel mit 14 Doppelfäden zu Mark 8,-  
per Doppelfad verwendet unter Wasser.  
**Carl Meyer, Düsselb.,**  
Alexanderstraße 25 A.

**Strawatten**  
in sehr großer Auswahl besonders preiswert.  
**Dauerwäse-Vertrieb**  
Halle a. S.  
Hl. Berlin 2, 1 Treppengasse  
Ede Sternstraße.

**Achtung! Rautabak**  
aus reinen Tabakblättern gut gearbeitet gibt laufend jedes Quantum ab  
**Otto Birkenbach, Weiskensfeld,**  
Georgenberg 3 und Eingang Warmwassergässchen.

**Photogr. Apparat**  
zu verkaufen. 9 x 12 cm, Brillener Klapp-Kamera Doppel-Blitzmagazin. Angebote unter Nr. 350 a. d. Exp. d. Bl.

Die glückliche Geburt eines kräftigen, gelunden Stammeskindes zeigen hochachtungsvoll  
**Olfo Weithaas u. Frau**  
Anna geb. Wolf.  
Merseburg, den 18. Juli 1919.

**Laufdecken**  
Stück 80 Mark.  
**Auslandsschläuche**  
50-75 Mark.  
**Auslandsdecken**  
prima 120 Mark. bei  
**Max Schneider, Schmalle Straße 14,**  
Telephon 413.

**Ausgekämmtes Frauenhaar** Gramm Nur 2 Pfg. 2 Tage!  
**Segelabfall** Kilo 20 Mark  
kauft Freitag den 18. u. Sonnabend den 19. Juli im „Hotel goldene Sonne“, Markt, von 9-5 Uhr  
Freitag, Markt der Reichswohlfahrt.

**Raps-Stroh**  
neue Ernte,  
von der Maschine weg ab Montag abzugeben  
**Rittergut Blößen.**

**Lohnpflugarbeit**  
mit neuem 60 P.-S. Hansa-Flond-Motor-Pflug  
wird für Herbst 1919 schon jetzt entgegen genommen.  
**Rittergut Dölkau bei Schkeuditz.**

**AMBI**  
Frucht- und Rüben- presse zur Herstellung von Saft.  
Ganz Stahl und Eisen im Vollbad verzinkt, daher rosticher.  
Leichte Bedienung, da Kugellager. Inhalt: 20 Liter. Durch hohe Druckleistung **reallose** Ausbeute des Preßgutes; daher macht sich die AMBI-PRESSE in kurzer Zeit bezahlt. — Jeder Haushalt wird mit der AMBI-PRESSE endlich in die Lage gesetzt, seinen Bedarf an Fruchtsaft in hygienischer einwandfreier Weise selbst herzustellen.

**AMBI V**  
Arthur Müller, Bauten und Industriewerke,  
Eisengießerei, Maschinenfabrik,  
Handlung landwirtschaftlicher Maschinen,  
**Merseburg.**  
Friedrichstraße 8. Fernsprecher 395.

**Elektro-Motoren**  
jeder Stromart und Spannung, wenn auch defekt (Angabe der Spannung, ob Gleich- oder Drehstrom, der P. S. Zahl und des Fabrikates, sowie der Umkehrzahl) kauft  
**Elektra-Halle a. S.,**  
14 Brüderstraße 14  
Elektrotechnisches Büro.

**Zuverlässige, tüchtige Einlegerin**  
sofort gesucht.  
**Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).**

**CINOPHON-THEATER**  
Fernruf 215 Grosse Ritterstr. 1 Fernruf 215  
Ab Freitag bis Montag:  
**Gehetzte Menschen!**  
Ein Kulturbild aus Russland, vor dem Kriege in 4 Akten.  
**Der Gatte Stellvertreter**  
Komödie in 4 Akten mit Bruno Kastner.  
„Wenn dreie einen lieben!“  
Vorzügliches Lustspiel.  
Sonntag ab 3 Uhr:  
ab 5 Uhr Vorstellungen für Erwachsene.  
u. 7<sup>15</sup> „

„Angebot“  
**Greife-Zimmer,**  
**Herren-Zimmer,**  
**Damen-Zimmer,**  
**Schlaf-Zimmer,**  
**Küchen**  
in einfacher bis ganz reicher Ausführung  
ca. 150 Zimmer.  
**Möbelfabrik**  
**Albert Richard Nachl.,**  
Inh. Richard Ziommer,  
Halle a. S.,  
Alter Markt 2.

Ein Abendstück in  
**Franz-Engl.**  
Recht, Stange, Korress, Redner- höh. laum. Rechnen, beg. L. Anf. in d. nächst. Tag. Garant. sich schnell st. Fortschritt, da leichtfassliche Method e. Stundenlohn, 1.50 bzw. 1.- Mark. Demu u. Herru. soltu sich milt. bei W. Fichtner, Queclinburg, Steinweg 74.  
Zum Wiederverkauf an jedermann geeignete Artikel!  
Hunderterte von Bezugquellen leicht- verkäuflich. Massen-Artikel jeder Art finden Sie in dem großen Fachblatt: Das Versand-Haus in Pörsneck-C. Man verlange Probennummer.  
**Cigarron.**  
nur gute Ware, verleihtet so- lange Vorrat aus an Private pr. 100 St. bis 120 „ pr. Nach. G. Heid, Heilbronn a. N. Fernweh 41. Gta-Berlin

**Männer - Sommer - Hosen**  
prima feldgrauer Drell  
Für Maurer und **Drell - Jacken**  
Zimmerleute:  
gute feste Qualitäten, sehr preiswert.  
Ein großer Posten modern gestreifte reinwollene **Herren-Hosen**  
Große Aus- wahl in **Zwirn- und Stoff-Arbeits-hosen.**  
**H. Taitza**  
Markt 19 Neumarkt 18

**Freiwillige Eisenbahntruppen**  
(Reichswehr).  
Einstellung von Angehörigen aller Waffengattungen sowie Ungedienter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben.  
**Handwerker werden bevorzugt.**  
Löhning für Unteroffiziere und Mannschaften:  
a) mobile Löhning nach Dienstgraden,  
b) eine Reichswehrzulage von 2 Z. 5.- Mark,  
c) Löhningzuschüsse, soweit sie vorhererbet sind.  
Zur Einstellung sind erforderlich:  
1. Militärpapiere,  
2. polizeiliches Führungszugnis,  
3. polizeilich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (bei Minderjährigen).  
Meldung und Anknüpfung:  
**Werbestelle für Eisenbahntuppen,**  
**Magdeburg,**  
Am Sudenburger Tor, Baracke E.

**Intelligente Mitarbeiter**  
(hauptsächlich für Kundendienst und Berichterstattung) in städtischer Stadt und den Ortschaften des Kreises sucht gegen Honorar  
**Redaktion des Tageblattes.**

**Stadttheater Halle**  
Sonnab. nachm. 6<sup>15</sup> Uhr:  
**Die Hanselerche.**  
Abend 7<sup>15</sup> Uhr:  
**Die Rose von Stambul.**  
Montag, keine Vorstellung.  
Dienstag, 8 Uhr:  
**Güterdramierung.**  
Mittwoch, 7<sup>15</sup> Uhr:  
**Kümmelblütchen.**  
Donnerstag 7<sup>15</sup> Uhr:  
„**Oarmen.**“  
Freitag, 7<sup>15</sup> Uhr:  
**Stein unter Steinen.**  
Sonnabend, 7<sup>15</sup> Uhr:  
„**Martha.**“

**Raninchenzüchterverein**  
Merseburg.  
  
Sonnabend, den 19. Juli 1919, 8 Uhr im „Zähringer Hof“:  
**„Außerordentliche: Hauptversammlung.“**  
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erforderlich.  
Der Vorstand.

**Handletterwagen**  
auch einzelne Räder hat zu verkaufen  
**H. Kaiser, Merseburg,**  
Zähringer Hof.  
**Ein gebr. Knabenrad u. ein gebr. Mädchenrad**  
mit Gummibereifung billig zu verkaufen bei  
**Max Schneider**  
Schmalstr. 14. Tel. 429

**Wohnungs-Einrichtung.**  
Bolzzimmer, Schlafzimmer, Küche, evtl. gebraucht, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 12, 233 an die Expedition dieses Blattes.  
**K i n e l** wird tagsüber in gute **Pflege** genommen.  
Offert. unter Nr. 272 an die Exped. d. Bl.

**Nebenverdienst!**  
Merseburger Raissportverein sucht einen Mann zum Aufbauen der Geräte für Sonntag und am Bodenstagsabenden. Bedingungen sind mündlich oder schriftlich an die Geschäftsstelle d. Zeitung abzugeben.  
**Einige oriskundige Voten**  
zum Austragen v. Verdrufen auf 2-3 Tage sofort gesucht. Meldungen im Rathhaus 3 Treppen Zimmer 17. l. 25/19. Der Magistrat.

**Nachtwächter**  
gelehrt  
**Th. Broke u. G.**  
Maschinenfabrik.

**Comptoir-Belehring**  
für künftige Eltern suchen  
**Gebr. Wirth,**  
Weiskensfeldstraße.  
Älteres, sauberes, erprobtes  
**Stubenmädchen**  
sucht zum 1 August  
**Rittergut Kleinlebenau**  
u. Schindly.

**Neuere Eisenbahn- Fahrpläne**  
zum Anschauen  
sind zum Preise von 50 Pf. zu haben  
in der Exped. dieses Blattes.







